

**1. Welchen Stellenwert werden Sie der Gleichstellung von Männern und Frauen in Ihrer Regierungsarbeit geben?**

Die FDP vertritt eine Gleichstellungspolitik, die die Unterschiede in den Lebensverläufen von Männern und Frauen berücksichtigt und bei der Familiengründung oder in der Phase des Wiedereinstiegs in das Berufsleben gezielte Hilfen anbietet. Lebenslaufpolitik verknüpft Gleichstellungspolitik und Sozialpolitik zu einer nachhaltigen Politik des sozialen Zusammenhalts, die geschlechtsbedingte Nachteile abbaut und gleichberechtigte Partnerschaft stärkt. Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Ressorts und nachgeordneten Bundesbehörden praktiziert werden muss.

**2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dem in der Verfassung formulierten Auftrag, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern, in ihrer Regierungsarbeit systematisch Rechnung zu tragen?**

Mehr als 60 Jahre nach der Aufnahme des uneingeschränkten Gleichberechtigungsgrundsatzes in das Grundgesetz (Art. 3 Absatz 2) ist die gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern noch immer nicht selbstverständlich gewährleistet. Die FDP will durch eine moderne Gleichstellungspolitik den Abbau tradierter Rollenverständnisse beider Geschlechter unterstützen. Eine Politik der Geschlechtergerechtigkeit trägt dazu bei, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu befördern und zu stärken. Chancengleichheit für Männer und Frauen ist nicht nur eine Querschnitts-, sondern auch eine Längsschnittsaufgabe, die sich über den gesamten Lebensverlauf erstreckt. Gleichheit der Chancen bedeutet aber nicht Gleichmacherei, sondern Akzeptanz individueller Lebensentwürfe.

In den letzten Jahren hat insbesondere bei jungen Männern eine Veränderung des Rollenverständnisses eingesetzt. Jeder vierte junge Vater nimmt Elternzeit in Anspruch. Studien belegen, dass eine große Zahl erwerbstätiger Männer sich eine kürzere Arbeitszeit wünscht, während viele Frauen ihre Arbeitszeit gern verlängern würden.

Untersuchungen zeigen, dass das Fehlen von Betreuungsmöglichkeiten die Hauptursache für Mütter ist, ihre Erwerbstätigkeit nach der Elternzeit einzuschränken. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für unter 3jährige, der am 1. August in Kraft tritt, schaffen wir einen wichtigen Schritt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieser Weg muss fortgesetzt werden, insbesondere bei der Verbesserung der Betreuung in Früh- und Spätzeiten und am Wochenende, sowie bei der Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher und dem Ausbau der Tagespflege. Mit der Familienpflegezeit haben wir eine Möglichkeit geschaffen, Erwerbstätigkeit und Pflege kranker Angehöriger besser zu vereinbaren. All dies dient dazu, insbesondere Frauen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, die im Alter zu eigenständigen und existenzsichernden Rentenansprüchen führt.

Das Elterngeld wollen wir flexibler gestalten und die Partnermonate stärken. Den Abbau von Rollenstereotypen unterstützen wir durch Programme wie „Komm, mach MINT“ und „MEHR – Männer in Kitas“. Mit dem Girls- und Boys-Day werden weiterhin Mädchen und Jungen über Berufsmöglichkeiten informiert, die eine Erweiterung des Berufswahlverhaltens unterstützen sollen.

Klar ist allerdings auch, dass Gesetze und Programme ein gesellschaftliches Umdenken nicht erzwingen können. Hier ist nicht nur die Politik gefordert, sondern alle Akteure müssen auf ihrer Ebene einen Beitrag leisten.

- 3. Wie werden Sie die international anerkannten Strategien des Gender Mainstreaming (durchgängige Gleichstellungsorientierung) und des Gender Budgeting (gleichstellungs- und wirkungsorientierte Haushaltsführung) in Ihrer Regierungs- und parlamentarischen Arbeit nutzen?**

Die Ziele des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes werden von der FDP unterstützt.

Die FDP wendet sich allerdings gegen eine Überbürokratisierung in der Haushaltsführung. Eine geschlechtsspezifische Ausweisung von Maßnahmen im Haushalt halten wir generell nicht für sinnvoll. Die Auswirkungen von einzelnen Maßnahmen auf die Förderung der Gleichstellung werden auch heute bereits in vielen Bereichen wissenschaftlich begleitet, beispielsweise im Rahmen der umfangreichen Evaluation der familienbezogenen Leistungen.

- 4. Werden Sie institutionelle und organisatorische Strukturen wie Ministerien, Stabstellen, Abteilungen etc. nutzen, ausbauen oder einrichten, um die durchgängige Gleichstellungsorientierung in der Regierungsführung zu sichern? Wenn ja, wie sollen diese aussehen (Ansiedlung, Ausstattung, Befugnisse, Kooperationsformen, Kooperationspartner/innen)?**

Die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen der Bundesverwaltung, der Bundesministerien oder der Bundesbehörden, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Gewährleistung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an den Gremien im Einflussbereich des Bundes sind wichtige Zielvorgaben, die die FDP erreichen will. Wie im Fünften Gremienbericht der Bundesregierung zum Bundesgremienbesetzungsgesetz ausgeführt wird, muss die Aktivierung bestehender gesetzlicher Berichtspflichten am Anfang des Stufenplans der Bundesregierung stehen.

Bestehende Strukturen wie die Gleichstellungsbeauftragten haben dabei eine wichtige Funktion. Die FDP fordert außerdem, Bundesministerien und oberste Bundesbehörden zu verpflichten, einen Gleichstellungsindikator (Glix) anzuwenden. Eine entsprechende Formulierung soll ins Bundesgleichstellungsgesetz aufgenommen werden. Die Bundesministerien und obersten Bundesbehörden sollen verpflichtet werden, die Besetzung der wesentlichen Gremien in ihrem Zuständigkeitsbereich transparent zu machen.

- 5. Wie werden Sie sicherstellen, dass professionelle Gender-Kompetenz (fundierte Kenntnis der Geschlechterverhältnisse, der Diskriminierungstatbestände und der gleichstellungspolitischen Strategien zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Diskriminierung) in der Regierungsarbeit genutzt wird?**

Die FDP würdigt besonders die Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe der Gleichstellungsbeauftragten (IMA), die sich seit 30 Jahren für die Gleichstellung einsetzt. Die Möglichkeiten der Koordinierung sollten verbessert werden.

Weitere Forderungen siehe Antwort auf Frage 3 und 4.

- 6. Wie werden Sie sich gegenüber Agitationen anti-demokratischer Organisationen und Einzelpersonen verhalten, die verfassungsrechtliche Standards wie die Gleichberechtigung und staatliche Gleichstellungspolitik von Männern und Frauen diskreditieren?**

Das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichstellung von Frauen und Männern steht nicht zu Disposition. Wenn Organisationen oder Einzelpersonen dieses Gleichstellungsgebot in Frage stellen, entspricht dies nicht der Meinung der FDP.